



Presseschau vom 21.10.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden 19-mal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Kalinowo, Frunse, Donezkij, Kalinowka, Krasnyj Liman, Shelobok und Losowoje**.

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: OSZE kritisiert Kiew für Probleme mit Sicherheit von Journalisten. Der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit Harlem Désir hat die ukrainische Regierung aufgerufen, sich mit der Frage der Sicherheit von Journalisten im Land aktiver zu befassen und Taten gegen Medienvertreter nicht unbestraft zu lassen. Das hat die Pressestelle der Organisation bekanntgegeben.

Am 20. Oktober hatte sich Désir mit dem ukrainischen Außenminister Pawel Klimkin getroffen. Der OSZE-Beauftragte wies Klimkin darauf hin, dass die Sicherheit der Medienvertreter in der Ukraine instabil bleibe.

„Ich rufe die Regierung ausdrücklich dazu auf, der Straflosigkeit für alle Angriffe auf Journalisten ein Ende zu bereiten, Ermittlungen effektiv und schnell zu vollenden und Fälle einer unberechtigten Einmischung in ihre Arbeit gesetzlich zu verfolgen“, äußerte Désir. Er betonte, dass Journalisten unter günstigen Bedingungen arbeiten sollten, ohne Gewalt oder Einschüchterung fürchten zu müssen. Es sei notwendig, die Arbeit von ausländischen Journalisten in der Ukraine zu respektieren, so der OSZE-Beauftragte weiter, indem die Fragen deren Sicherheit und des Rechts, von der Rede- und Meinungsfreiheit Gebrauch zu

machen, ausbalanciert würden.

Désir zufolge bleiben vor allem die Ereignisse rund um das Nachrichtenportal Strana.ua und dessen Journalisten im Fokus seiner Aufmerksamkeit. Im Juni war in der Ukraine der Redakteur des Portals, Igor Guschwa, wegen Erpressungsverdacht festgenommen worden. Guschwa beteuert seine Unschuld.

armiyadnr.su: Operative Information über die Lage:

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 22-mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **zehn Ortschaften der Republik mit Artillerie, Panzern, Mörsern, Schützenpanzerwagen- und Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.**

de.sputniknews.com: Atom-Deal mit Iran neu verhandeln? - Moskau nimmt Stellung:

Moskau ist laut dem russischen Vize-Außenminister Sergej Rjabkow nicht zur Teilnahme an Verhandlungen über eine Veränderung des Atom-Deals mit dem Iran bereit.

„Die Vereinbarung kann nicht korrigiert werden, weil alle Fragen, die eine Lösung benötigten, auf diese oder jene Weise geregelt wurden“, sagte Rjabkow am Samstag bei der Moskauer Konferenz für die Nichtverbreitung von Atomwaffen.

Russland schließe zudem jede Möglichkeit zu Wiederverhängung von Sanktionen des UN-Sicherheitsrates gegen den Iran aus, da Teheran all seinen Verpflichtungen in vollem Ausmaß gerecht werde.

Zuvor hatte das iranische geistliche Oberhaupt Ayatollah Ali Chamenei erklärt, dass Teheran erst dann aus dem Atomabkommen austreten werde, wenn die andere Seite den Vertrag „zerrissen“ habe.

US-Präsident Donald Trump hatte zuvor eine Revision der amerikanischen Strategie in Bezug auf den Iran angekündigt und eine Aufkündigung des Atomvertrags „in jedem Augenblick“ angedroht.

Lug-info.com: Erklärung des Außenministers der LVR über die Situation um den Kontroll- und Passierpunkt „Solotoje“:

Nach einem provokativen Versuch der Ukraine, in einseitig einen Passierpunkt in Solotoje zu eröffnen, stoppt die Republik die vorbereitenden Arbeiten und erklärt, dass der Punkt nur unter folgenden Bedingungen eröffnet werden kann:

- nach einem Abzug der ukrainischen Streitkräfte am Abschnitt in der Nähe von Staniza Luganskaja;
- gleichzeitig mit der Öffnung eines Passierpunkts in Stschastje;
- bei Gewährleistung einer Finanzierungsquelle für die vorbereitenden Arbeiten und den Aufbau des Passierpunkts selbst in Solotoje durch internationale Organisationen.

de.sputniknews.com: Iran wird nie Nuklearwaffen besitzen – Außenministerium:

Teheran wird nie Nuklearwaffen entwickeln. Diese Auffassung hat der iranische Vize-Außenminister Abbas Araghchi bei seinem Auftritt bei der Konferenz für Nichtverbreitung von Nuklearwaffen in Moskau am Samstag vertreten. Unter anderem verwies er auf die Bedeutung des Atom-Deals mit seinem Land, ohne den das Nichtverbreitungsregime scheitern werde.

„Der Iran bestätigt, dass er unter keinen Bedingungen Nuklearwaffen je entwickeln oder erwerben sowie danach streben wird“, sagte Araghchi. „Das ist eine ständige, fristlose Verpflichtung des Iran, die er im Rahmen des Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplans (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) übernahm“, betonte er.

Nachdem die Frist der Einschränkungen, die der JCPOA-Plan vorsieht, abgelaufen ist, werde der Iran nicht mit der Entwicklung einer Atombombe beginnen, sondern ein „normales

Mitglied" der Organisation des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NVV) werden - „wie auch jede andere Nicht-Atommacht“.

„Als eine solche Macht werden wir alle Vorschriften des Nichtverbreitungsvertrages unterschreiben“, so Araghchi. Sollten alle Parteien ihre Verpflichtungen einhalten, dann werde der Iran in sechs Jahren das zusätzliche Protokoll zu dem NVV-Vertrag auch ratifizieren.

Außerdem bezeichnete Araghchi den Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan als eines der Schlüsselemente des Nichtverbreitungssystems, dessen Scheitern den Zusammenbruch des nuklearen Nichtverbreitungsregimes bedeuten würde.

Im Juli 2015 hatten sich der Iran und die Gruppe „5+1“ (Russland, die USA, Großbritannien, China, Frankreich und Deutschland) in Wien auf ein Atomabkommen geeinigt - mit dem Ziel, den Streit mit Teheran beizulegen. Laut dem Dokument baut der Iran keine Atomwaffen, kann aber Atomkraft zivil nutzen. Im Rahmen des Atom-Deals wurde der sogenannte Gemeinsame Umfassende Aktionsplan beschlossen. Bei der Einhaltung aller darin vorgesehenen Vorschriften durch den Iran sollen die Sanktionen aufgehoben werden, die vom US-Sicherheitsrat, den USA und der EU gegen ihn verhängt worden waren.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31249/38/312493826.jpg>

Nachmittags:

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

In den letzten 24 Stunden wurden 22 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt.

In **Richtung Donezk** hat der Gegner Artillerie, Panzer, Mörser, Schützenpanzerwagen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **acht Ortschaften** wurden 14 Schüsse mit Panzern abgegeben, es wurden eine Artilleriegranate des Kalibers 152mm sowie elf Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 39 des Kalibers 82mm abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** hat der Gegner 22 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm auf das Gebiet von **Besymennoje** abgefeuert. Außerdem wurden Schützenpanzer, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet.

In **Richtung Gorlowka** hat der Gegner **Sajzewo** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Bei der Verteidigung der Republik starb ein Soldat.

In Folge des Beschusses von **Dokutschajewsk** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden drei Häuser in der Zentralnaja-Straße beschädigt. Opfer unter der Zivilbevölkerung

gibt es nicht.

Gestern um 18:15 Uhr geriet ein weiteres Mal der **Beobachtungspunkt** der Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination in **Besymennoje** unter Beschuss, der von Seiten der ukrainischen Streitkräfte von Schirokino aus mit einem Mörsergeschoss des Kalibers 82mm und einer Artilleriegranate des Kalibers 152mm beschossen wurde.

Die militärische Führung der Ukraine „stopft“ weiterhin „Löcher“ an der Kontaktlinie, die aufgrund der zunehmenden Fälle von Desertion entstanden sind, mit Soldaten aus anderen Einheiten und Truppenteilen.

So bemerkte unsere Aufklärung den Beginn von Spannungen zwischen dem Kommando der 72. mechanisierten Brigade, bei der bald eine Rotation ansteht, und den hinzukommandierten Soldaten.

Ursache der Meinungsverschiedenheiten und sogar eines offenen Konfliktes ist, dass die „ausgeblutete“ Brigade ins Hinterland abzieht. Aber alle Soldaten, die aus anderen Verbänden abkommandiert wurden, bleiben in den Schützengräben.

Dabei interessiert es niemanden, dass die nicht regulären Soldaten sich seit einem bis anderthalb Jahren unterbrochen an der Front befinden.

Derzeit bereiten mit ihrer Lage unzufriedene Offiziere und Soldaten einen offenen Aufruf an die militärische und politische Führung der Ukraine vor, mit der Bitte die Aufmerksamkeit auf ihre Probleme zu richten.

de.sputniknews.com: Abriss von Sowjet-Denkmalern in Polen: Umstrittenes Gesetz tritt in Kraft.

Das Gesetz, das den Abriss sowjetischer Denkmäler in Polen erlaubt, tritt am heutigen Samstag in Kraft.

Zuvor hatte das polnische Oberhaus entsprechende Änderungen des Gesetzes über das Verbot „kommunistischer und anderer totalitärer Propaganda“ in Namen von Gebäuden, Objekten und Räumen des öffentlichen Gebrauchs vorgelegt. Bis Mitte Juli waren die Änderungen vom polnischen Parlament verabschiedet und das beschlossene Gesetz vom polnischen Präsidenten Andrzej Duda unterschrieben worden. Das Gesetz sieht unter anderem den Abriss sowjetischer Denkmäler vor.

Dem polnischen Institut für Nationales Gedenken zufolge soll die Novelle mehr als 450 Denkmäler landesweit, unter anderem auch 230 Denkmäler für Soldaten der Roten Armee, betreffen, die im Laufe von zwölf Monaten von öffentlichen Plätzen entfernt werden sollen. Für diese Zwecke stellt der polnische Staat 5 Millionen Zloty (umgerechnet etwa 1,18 Millionen Euro) bereit.

Bei der Befreiung von Polen zwischen 1944 und 1945 waren 600.000 sowjetische Soldaten getötet worden. In den Nazi-Lagern auf polnischem Territorium waren während des Zweiten Weltkrieges etwa 700.000 sowjetische Kriegsgefangene ums Leben gekommen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31681/66/316816668.jpg>

ukrinform.ua: Poroschenko: Mit Deportationen und Unterdrückungen hat UdSSR den freien Geist der Ukrainer nicht zerstört.

Die Deportation vom 21. Oktober 1947, als Stalins Söldner an einem Tag mehr als 76.000 Einwohner der westlichen Ukraine vertrieben hatten, hatte zum Ziel, die ukrainische Befreiungsbewegung zu schwächen. Aber sie konnten den freien Geist des Volkes nicht zerstören, schreibt auf seiner Facebook-Seite der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, anlässlich des 70. Jahrestages der Massendeportation der Bevölkerung der west-ukrainischen Regionen nach Sibirien und in die nördlichen Regionen der ehemaligen Sowjetunion. „Innerhalb eines Tages sind damals gewaltsam mehr als 76.000 Menschen vertrieben worden, um die ukrainische Befreiungsbewegung zu schwächen ... Sogar nach dem Ende des blutigsten Krieges - des Zweiten Weltkrieges – haben die Söldner von Stalin unser Volk weiter mit Unterdrückungen und Deportationen terrorisiert, aber sie konnten seinen freien Geist nicht zerstören“, schrieb der ukrainische Präsident.

de.sputniknews.com: Ex-Botschafter in Washington über „schwarzen Tag“ in Russland-US-Beziehungen:

Der ehemalige russische Botschafter in den USA Sergej Kisljak hat am Samstag das Entfernen russischer Flaggen vom Generalkonsulat in San Francisco und der Handelsvertretung in Washington als einen „schwarzen Tag“ in den Beziehungen zwischen Russland und den USA bezeichnet.

„Ich glaube, dass unsere Beziehungen damit nicht zu Ende sind. Es gibt viele Fragen, die wir besprechen müssen und werden, aber wir werden das natürlich nicht vergessen. Es wird in unseren Beziehungen als ein schwarzer Tag in Bezug darauf bleiben, was die Amerikaner gegenüber Russland tun“, sagte Kisljak in einem Interview für die russische TV-Nachrichtensendung „Westi w subbotu“ (Nachrichten am Samstag).

Kisljak bezeichnete auch die heutige US-Politik als eine „arrogante Fortsetzung der Politik, die auch vor dieser Administration betrieben worden war, aber diese Politik ist wesentlich verschärft“.

Am 11. Oktober waren die russischen Flaggen von dem geschlossenen russischen Generalkonsulat in San Francisco und der Handelsvertretung in Washington entfernt worden. Die russische Botschaft in den USA hatte das als einen „äußert unfreundlichen Schritt“ bezeichnet und gefordert, die russischen Nationalsymbole unverzüglich zurückzubringen.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen):

Die **Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich verschärft**, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen das Regime der Feueereinstellung 19-mal verletzt.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Donezkij, Frunse, Shelobok, Perwomajsk, Kalinowo, Kalinowka, Krasnyj Liman und Losowoje**. Zum Beschuss haben die ukrainischen Streitkräfte 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzer, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen eingesetzt.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 200 Geschosse abgefeuert.

Die ukrainischen Streitkräfte erleiden weiter nicht kampfbedingte Verluste in der „ATO“-Zone. In der Nacht vom 19. auf den 20. Oktober starb ein Soldat der 14. mechanisierten Brigade als er auf eine Mine geriet, drei weitere wurden verletzt. Die Detonation ereignete sich als Folge von nicht abgestimmten Handlungen der Kommandeure der Einheiten der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte.

Uns ist bekannt, dass diese Soldaten zu einer Diversions- und Erkundungsgruppe gehörten. Sie sollten auf das Territorium der LVR im Gebiet von Sokolniki eindringen, um einen Terrorakt auf dem Territorium der Republik zu organisieren.

In der „ATO“-Zone geht der massenhafte Diebstahl von Waffen und Munition weiter.

Am 16. Oktober fanden Mitarbeiter der Polizei am Checkpoint in Andronowka, Oblast Dnjepropetrowsk, in einem KamAS-Fahrzeug 550 Granaten RGD-5, 187 Handgranaten F-1, zwei Granatwerfer RPG-22 und mehr als 5000 Patronen des Kalibers 5,45mm.

Alle Waffen und Munition wurden beschlagnahmt. Der Fahrer des Lastwagens wurde festgenommen, es werden Ermittlungen durchgeführt.

Es wurde bereits festgestellt, dass die Seriennummern der beschlagnahmten Granatwerfer den Nummern entsprechen, die zu einer der Einheiten der 53. mechanisierten Brigade gehören.

de.sputniknews.com: Kampf gegen Sowjet-Denkmäler: Litauen setzt „Hinweisschilder“ ein.

Die Verwaltung des litauischen Rayons Biržai hat spezielle Schilder an den Denkmälern der Sowjetperiode befestigt, die der Bevölkerung den „tatsächlichen“ Sinn der Monumente beibringen sollen. Dies berichtete die Tageszeitung „Lietuvos žinios“ am Samstag.

Auf den Schildern heißt es: „Ort der Bestattung von sowjetischen Soldaten während des Zweiten Weltkrieges (Objekt des Kulturerbes). Die ideologischen Aufschriften der sowjetischen Periode entsprechen nicht der historischen Wahrheit“.

„Wir fühlen, dass wir einen Beitrag zur Wiedergabe der historischen Gerechtigkeit leisten, und glauben, wir tun gut daran. Allerdings werden wir nicht erstaunt sein, wenn unsere Bemühungen als Willkür eingestuft werden und wir wahrscheinlich eins auf den Hut kriegen werden“, sagte Dalius Mikelionis, Mitarbeiter der Abteilung für Kulturerbe der Rayonverwaltung Biržai, gegenüber der Zeitung.

Die Rayonverwaltung habe sich zunächst an die Abteilung für Kulturerbe gerichtet, die sie an das Ministerium für Kultur verwiesen habe. Dieses habe sich seinerseits auf das Außenministerium berufen. „Die Diplomaten erörterten, dass wir nichts tun dürfen und auf eine zwischenstaatliche Vereinbarung warten sollen“, so Mikelionis. Allerdings habe die Vize-Bürgermeisterin Irutė Varzienė die Initiative angeregt, sagte er.

Laut dem Vize-Chef der Abteilung für Kulturerbe Audrius Skaistys dürften die Kommunen die vom Gesetz geschützten Denkmäler mit „Hinweisschildern“ versehen. „Zu dieser Frage muss auf keine Richtlinien gewartet zu werden“, sagte er.

Die Leiterin des Litauischen Zentrums für Forschung von Genozid und Widerstand, Teresė Birutė Burauskaitė, unterstützte die Initiative und sagte, sie hoffe darauf, dass auch andere Kommunen sich diese Initiative aufgreifen würden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31797/02/317970232.jpg>

Abends:

de.sputniknews.com: Putin warnt vor Technologie, „schlimmer als eine Atombombe“: Laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin könnte die Gentechnik in Zukunft Atomwaffen in den Schatten stellen. Diese Besorgnis äußerte er in seiner Abschlussrede bei den 19. Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Sochi am Samstag. Gentechnische Technologien würden ein großes Potenzial für die Pharmakologie sowie Techniken, die den Menschen von bislang unheilbaren genetischen Krankheiten befreien könnten, haben, betonte Putin.

Gleichzeitig warnte er jedoch vor Gefahren, die bei Eingriffen in das menschliche Erbgut entstehen könnten: „Der Mensch hat sich zu dem von der Natur, oder wie religiöse Menschen das sagen würden - von Gott geschaffenen - genetischen Code Zugang verschafft. Und das bedeutet wiederum, dass man einen Menschen mit vorprogrammierten Eigenschaften schaffen könnte – nicht unbedingt einen genialen Mathematiker, sondern auch einen Soldaten, der ohne Angst und Erbarmen, ohne Bedauern und Schmerz in den Krieg ziehen könnte.“

In dieser Hinsicht sollte man bedenken, so Putin, dass die Menschheit bald in eine schwere Etappe ihrer Existenz eintreten könnte.

„Das könnte furchtbarer als eine Atombombe werden. Egal womit wir uns befassen – wir sollten uns immer daran erinnern, dass es ethisch-moralische Grundpfeiler gibt. Alles, was wir tun, muss dem Menschen dienen – ihn festigen, statt ihn zu zerstören“, fügte er hinzu.

de.sputniknews.com: Wer gehört in Ukraine unter Schutz: Lawrow erklärt das dem Europarat-Generalsekretär

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat bei einem Treffen mit dem Generalsekretär des Europarates, Thorbjørn Jagland, auf die Notwendigkeit verwiesen, die Mechanismen des Rates zum Schutz nationaler Minderheiten in der Ukraine einzusetzen.

Bei dem Treffen wurde laut dem Außenministerium Russlands „ein weiter Kreis von Fragen über die Beteiligung Russlands an der Arbeit aller Organe des Europarates“ besprochen. Sowohl Russland als auch der Europarat seien daran interessiert, dass der Rat „der wichtigste Anker des einheitlichen humanitären und rechtlichen Raumes“ in Europa bleibt.

„Die Aufmerksamkeit des Generalsekretärs wurde auf die Notwendigkeit gelenkt, die speziellen Mechanismen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten in der Ukraine aktiver einzusetzen“, so Lawrow.

